Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 84 (1990)

Heft: 11

Artikel: NW-Gespräch mit Manfredo Araújo de Oliveira : Sozialismus heisst, das Volk an die Macht bringen

Autor: Oliveira, Manfredo Araújo de

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143578

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialismus heisst, das Volk an die Macht bringen

Das nachstehende NW-Gespräch mit Manfredo de Oliveira entstand im Anschluss an das «Forum zur Krise des real existierenden Kapitalismus» vom 29./30. Juni in der Zürcher Paulus-Akademie. De Oliveira gilt als einer der bedeutendsten Befreiungstheologen in Brasilien. Er arbeitet mit Basisgemeinden in der Diözese Fortaleza und am pastoraltheologischen Institut in Ceará. De Oliveira ist Berater der Brasilianischen Bischofskonferenz und Professor der Philosophie an der Universidade Federal do Ceará in Fortaleza. Sein Philosophiestudium führte ihn nach Rom und nach München, wo er zum Doktor promovierte. Das Gespräch für die Neuen Wege besorgten Viktor Hofstetter und Willy Spieler.

Red.

Europa braucht die Dritte Welt nicht mehr

***NW:** Manfredo de Oliveira, Du hast am 30. Juni in der Paulus-Akademie ein Referat vorgetragen, das den Titel trug: «Keine Zukunft für Europa ohne Zukunft für die (Dritte) Welt». Du hast Brasilien als ein «Kind des Kapitals» bezeichnet und die Situation der Dritten Welt als Folge der Unterdrückung und Ausbeutung durch das universal gewordene Kapital analysiert. Gleichwohl kritisierst Du die Abhängigkeitstheorie, die doch auch das Elend in einem Drittweltland wie Brasilien auf die Unterdrückung und Ausbeutung durch das Kapital zurückführt.*

Manfredo de Oliveira: Mein Anliegen ist es, über diese Abhängigkeitstheorie hinaus zu denken. Die herkömmliche Abhängigkeitstheorie nimmt noch viel zu sehr die *Nation als Grundkategorie* ihrer Analyse. Danach gibt es reiche Nationen, die arme Nationen ausbeuten. Nach meiner Ansicht ist diese Auffassung überholt. Da die Wirtschaft nicht mehr nationalstaatlich organisiert ist, entfällt die Basis für diese Theorie. Der *Kapitalismus* organisiert sich heute *auf Weltebene*. Er setzt sich natürlich innerhalb von Nationen durch, aber die Nation ist nicht mehr sein Strukturprinzip. Dieses umgreift vielmehr auch die Nationen. Das geht soweit, dass viele arme Länder für das kapitalistische Weltsystem gar keine Bedeutung mehr haben.

Darum kann ich auch dem Titel meines Referates, der von den Organisatoren der Veranstaltung stammt und ein Zitat von Frei Betto wiedergibt, nicht ganz zustimmen. Es gibt sehr wohl eine Zukunft für Europa ohne Zukunft für die Dritte Welt; denn Europa braucht die Dritte Welt nicht mehr. Früher stand die Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte und der natürlichen Ressourcen der Dritten Welt im Vordergrund. Aufgrund der neusten *technologischen Revolution* sind diese Faktoren heute nicht mehr so wichtig. Die Arbeit wird rationalisiert und die Ressourcen werden substituiert, beide sind für das Kapital daher weitgehend entbehrlich geworden. Was man heute braucht, sind gute Absatzmärkte für die eigenen Produkte.

***NW:** Die Veranstalter haben das «Dritte» im Titel Deines Referates in Klammer gesetzt. Das ist auch der Sinn des Satzes von Betto: Es gibt keine Zukunft für Europa ohne Zukunft für die Welt. Zu dieser Welt gehört aber auch die Dritte Welt, die in Abhängigkeit gehalten wird, wenn nicht von den reichen Nationen, so doch vom supranational gewordenen Weltkapital.*

Manfredo de Oliveira: Ja, aber diese Abhängigkeit existiert nicht nur für die Dritte Welt, sondern auch für die reiche Schweiz. In Eurem Land gibt es ein Weltkapital und ein nationales Kapital. So ist es auch in den USA oder in Brasilien. Die *Abhängigkeit wird global* und immer eindeutiger eine solche vom Weltkapital. Sie ist in der Ersten Welt genausogut wie in der Dritten Welt festzustellen. Es geht um eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit auf Weltebene und nicht mehr um eine Auseinandersetzung zwischen Nationen.

NW: Das stimmt insofern mit der Auffassung des brasilianischen Präsidenten Collor de Mello überein, der behauptet, Brasilien sei kein Drittweltland mehr.

Manfredo de Oliveira: Er sagt in der Tat, wir gehörten zur Ersten Welt, Brasilien sei insofern ein Ausnahmeland wie Argentinien und Mexico. Wir müssten daher noch vermehrt in dieses Weltsystem integriert werden.

Wenn dieses Weltsystem sich in den industrialisierten Staaten durchgesetzt hat, so in einer grundlegend anderen Weise als in der Dritten Welt. Die Völker der Industrienationen haben durch Kämpfe, die bis ins letzte Jahrhundert zurückreichen, den *sozialdemokratischen Weg* beschritten. Vor allem von 1930 bis heute ist es den Industriestaaten gelungen, das Kapital zu bändigen. Sie konnten ihm Schranken auferlegen und es zwingen, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung beizutragen.

Die Dritte Welt hat den sozialdemokratischen Weg nie gekannt. Jetzt wäre es zu spät für diesen Weg. Auch eine sozialdemokratische Regierung könnte bei uns nicht mehr viel ändern. Das kapitalistische Weltsystem würde sie daran hindern, zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zu intervenieren. Die Überschüsse, die wir erzielen, müssen für den *Schuldendienst* verwendet werden. Was wir dringend brauchten für soziale Wohnungen, für Schulen und für die Sozialversicherung, wird von diesem Schuldendienst aufgefressen. Das ist gewiss auch eine Abhängigkeit, aber eine andere als früher. Selbst wenn Lula die Wahlen gewonnen hätte, würde er nun enorme Schwierigkeiten haben, sein Programm zu verwirklichen. Brasilien ist schon viel zu sehr in dieses kapitalistische Weltsystem integriert.

NW: Das ändert allerdings nichts am Grundtheorem der Abhängigkeitstheorie, dass die Drittweltländer primär nicht unterentwickelt sind, sondern unterdrückt, dass sie sich m.a.W. nur deshalb nicht entwickeln können, weil sie fremdbestimmt sind, eben in Abhängigkeit gehalten werden. Du sagst, diese Abhängigkeit beziehe sich nicht mehr auf die reichen Industrienationen, sondern auf das universal gewordene Weltkapital. Doch die Abhängigkeit bleibt bestehen, ja sie verschärft sich noch durch die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit einer nationalen Sozialpolitik oder gar einer nationalen Befreiung vom Weltkapital.

Manfredo de Oliveira: Ja, aber die lateinamerikanischen Theologen verkennen – im Gegensatz zu den Soziologen –, dass heute das *Kapital keine Heimat* mehr hat. Auch das Bankensystem entzieht sich nationaler Regulierung. Wird eine solche versucht, so fliesst das Kapital anderswohin. Die – schon von Marx prognostizierte – Grundtendenz des Kapitals, alle nationalen Grenzen zu überschreiten, ist in vollem Gang.

Dualismus von Erster und Dritter Welt in Brasilien

NW: So kam es zu Deiner pointierten Aussage in der Paulus-Akademie, dass, wenn Lateinamerika heute von der Weltkarte verschwände, wir davon erst in zehn Jahren vernehmen würden. So unbedeutend sei Lateinamerika geworden. Wie aber ist es zu erklären, dass Brasilien einerseits zu den reichsten Ländern zählt und anderseits die Hälfte der Bevölkerung in Armut und Elend lebt, ja dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich immer noch vergrössert?

Manfredo de Oliveira: Diese Situation beruht auf der Geschichte Brasiliens, in der die Abhängigkeit unseres Landes von den Industrienationen tatsächlich die entscheidende Rolle spielte. Mit dem Aufkommen der Multinationalen Konzerne hat sich bei

uns sehr rasch eine *industrielle Gesellschaft* entwickelt. Diese Entwicklung kam aber nicht der gesamten Bevölkerung, sondern nur einem kleineren Teil zugute. Es handelt sich dabei um eine Schicht, die etwa 20 Prozent der 150 Millionen Menschen in Brasilien umfasst. Das sind immerhin schon mehr Leute als die Gesamtbevölkerung Spaniens.

Die Arbeiterpartei hat im vergangenen Wahlkampf immer gesagt, dass wir in einer dualistischen Gesellschaft lebten. Einerseits sind wir aufgrund unserer technologischen Entwicklung nahe an die europäischen Länder herangekommen. Insofern sind wir schon Erste Welt. Anderseits lebt die überwiegende Zahl unserer Bevölkerung in Verhältnissen wie in den klassischen Drittweltländern Asiens oder Afrikas. Seit den 50er Jahren waren wir bestrebt, in grossen Sprüngen der Entwicklung der Ersten Welt nachzujagen, womöglich 50 Jahre in 5 Jahren aufzuholen. Man muss anerkennen, dass der Kapitalismus dabei sehr effizient war und aus einem Agrarland eine Industrienation machte. Nur ist Brasilien *sozialpolitisch ein Entwicklungsland* geblieben. Der Staat interveniert zwar viel und stark, aber immer nur zugunsten des Kapitals. Eine sozialdemokratische Umverteilung wie in Europa hat bei uns nie stattgefunden.

NW: *Warum war das in Brasilien nicht möglich? Wegen der Militärdiktatur?*

Manfredo de Oliveira: Auch wegen der Militärdiktatur. Hinzu kommt, dass Brasilien stets eine sehr *autoritäre Gesellschaft* war. Der portugiesische Kolonialismus hat das Volk vollständig entmündigt und gelähmt. Wir waren eine versklavte Gesellschaft. Das hat Auswirkungen auf das Bewusstsein des Volkes bis heute. Die Militärdiktatur hat diese Repression fortgesetzt und Oppositionelle ins Gefängnis geworfen, gefoltert und sogar umgebracht.

Für eine Radikalisierung der Demokratie

NW: *Was in Deinem Referat nicht mehr berücksichtigt werden konnte, was uns aber sehr stark beschäftigt, ist die Frage nach der Alternative zum Kapitalismus, nach dem sozialistischen Modell, das die Linke in Brasilien als das Projekt der Zukunft betrachtet. Du hast vorhin von Lula gesprochen. Dieser hatte im Wahlkampf die Vision einer Demokratie, die nicht mehr nur auf den Staat bezogen wäre, sondern die ganze Gesellschaft umgestalten würde.*

Manfredo de Oliveira: Wir sehen in der *Verstaatlichung* der Produktionsmittel, wie sie im real existierenden Sozialismus versucht wurde, auch *nicht die Lösung* unserer Probleme. Bei uns heisst Sozialismus, das Volk an die Macht bringen. Eine bürokratische und autoritäre Regelung der Gesellschaft kann darum nicht unsere Alternative sein. Wir wollen gewiss eine Neuordnung der Gesellschaft, aber eine soziale, die auf der Entscheidung dieser Gesellschaft selbst beruht. Das geht nur auf demokratischem Weg. Was wir wollen, ist die Radikalisierung der Demokratie in allen Bereichen des Lebens.

NW: *Darin knüpft die brasilianische Linke an die Grundforderung der 68er Bewegung nach einer «Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche» an. Dazu würde wohl auch die Arbeiterselbstverwaltung gehören.*

Manfredo de Oliveira: Sicher, die *Arbeiterselbstverwaltung* wäre das Gegenteil eines bürokratischen Sozialismus, gar einer Kommandowirtschaft, in der auch nur wenige Privilegierte das Sagen haben. Es gibt keine wirklich soziale Regelung der Gesellschaft ohne demokratische Mitwirkung der Betroffenen. Das ist auch das Problem des Marxismus. Marx spricht zwar von einer «Assoziation» freier Menschen. Aber was bedeutet das? Welches sind die Mechanismen, die dieser «Assoziation» zugrunde liegen? Die Aufhebung des Privateigentums allein bringt noch keine Harmonie in die Gesellschaft. Sozialisierung muss vielmehr mit Demokratisierung einhergehen. Wir kommen nicht umhin, diese demokratische Vermittlung noch vermehrt zu durchdenken.

NW: *Verfügt die brasilianische Linke über konkrete Modelle, wie diese Demokratisierung der Gesellschaft aussehen könnte?*

Manfredo de Oliveira: Nein, aber genau diese Fragen werden jetzt im ganzen Land diskutiert: Welches ist unser Sozialismus? Welche Ziele verfolgen wir mit welchen Methoden? Die Arbeiterpartei hatte bis jetzt noch keine Regierungsverantwortung zu tragen. Das könnte sich schon bald ändern. Darum müssen wir uns konkretere Schritte und Ziele überlegen. Einige wollen bei uns auch nicht mehr von «Sozialismus» reden, da dieser Begriff durch den Stalinismus viel zu sehr in Misskredit geraten sei. Sie sprechen lieber von «Demokratie», diese gedacht als ein Prinzip, das im Gegensatz zum Kapitalismus steht.

NW: *Was eben heissen würde, dass die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auf die arbeitenden Menschen überginge. Insofern ist Eure Position etwa dieselbe wie diejenige, die Ernest Mandel an der Forumstagung in der Paulus-Akademie vorgetragen hat.*

Manfredo de Oliveira: Ja, durchaus.

Sozialpolitische Bändigung des Kapitalismus auf Weltebene?

NW: *Es müssten doch aber gewiss auch Strategien auf Weltebene entwickelt werden, um den weltweit gewordenen Kapitalismus zu bändigen, wenn nicht zu überwinden. In Deinem Referat sprichst Du von der fehlenden «Koordinierungspolitik auf Weltebene».*

Manfredo de Oliveira: Während es der europäischen Sozialdemokratie gelungen ist, den Kapitalismus auf nationaler Ebene zu bändigen, stecken wir auf Weltebene noch im vorigen Jahrhundert. Hier gibt es noch immer das absolute «laisser faire, laisser aller» des *Wirtschaftsliberalismus*. Darum sagte ich, es fehle die Koordinierung auf Weltebene.

NW: *Aber wie müssten wir uns diese Koordinierung auf Weltebene vorstellen? Welches Organ hätte die dafür notwendigen Kompetenzen? Die UNO?*

Manfredo de Oliveira: Schon Kant hat im 18. Jahrhundert davon gesprochen, dass eine solche weltweite Koordination notwendig sei. Diese müsste aber nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich funktionieren. Was es in den Nationalstaaten an *sozialpolitischer Intervention* gegeben hat, sollte, ohne das kapitalistische System schon aus den Angeln zu heben, auch auf Weltebene möglich sein. Der UNO fehlt leider die Gesetzgebungskompetenz für diese Aufgabe.

NW: *Was wäre denn eine Sozialpolitik auf Weltebene?*

Manfredo de Oliveira: Es gibt keine wirksame Sozialpolitik gegen das global gewordenen Kapital, die nicht auch auf Weltebene verankert wäre. Ich unterstütze diese Forderung nicht zuletzt gegenüber jenen Linken, die glauben, dass innerhalb des kapitalistischen Weltsystems nichts zu machen sei, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Was natürlich nicht heisst, dass damit die Ausbeutung schon überwunden wäre. Kapitalismus bedeutet immer Ausbeutung, aber nicht immer nur Elend. Man hat in Europa gesehen, dass es möglich ist, den Kapitalismus zu bändigen. Aber letzten Endes wäre das nur eine *Übergangslösung,* um die Profitmaximierung des Kapitals einzuschränken. Denn auch der sozial temperierte Kapitalismus beruht noch immer auf Ausbeutung. Konkreteres kann ich nicht sagen. Das wäre aber auch nicht die Aufgabe der Befreiungstheologie, die sich als kritische Instanz versteht, deren Aufgabe es nicht sein kann, selber konkrete Projekte oder gar Strategien zu entwickeln.

Verschärfter Klassenkonflikt in der Kirche

NW: *Befreiungstheologie ist, wie Leonardo und Clodovis Boff sagen, «der artikulierte Schrei der Armen aus dem Glauben». Der Schrei klagt das zum Fetisch gewordene Kapital an, einen Götzen, dem viele Christinnen und Christen in der Dritten wie in der Ersten Welt huldigen. Wie steht es um diesen Klassengegensatz in der katholischen Kirche Brasiliens?*

Manfredo de Oliveira: Der Klassenkonflikt in der Kirche wird immer stärker. Ich habe vor fünf Jahren zu Kardinal Aloisio Lorscheider gesagt: «Bis jetzt war es leicht, in unserer Kirche zu einer politischen Übereinstimmung zu gelangen. Wir hatten eine Militärdiktatur, Gewalt auf der Strasse, das Schicksal der ‹Verschwundenen›, eine Tyrannei also, gegen die sich die Kirche stellen musste. Aber, wenn die Demokratie kommt, wenn die Frage nach einem andern System aufgeworfen wird, dann werden die politischen Meinungen auch innerhalb der Kirche auseinandergehen.» Ich habe auch das *Beispiel Nicaragua* erwähnt. Die Kirche stellte sich gegen Somoza. Doch es ist nicht das gleiche, gegen Somoza zu kämpfen oder gegen ein System zu kämpfen. Denn ein System sieht man nicht. Man sieht in Somoza den Tyrannen, der Menschen tötet, aber man sieht nicht das System, das Menschen auch umbringt.

Der *Bruch* ist sehr deutlich eingetreten. Viele sagen: «Wo sind unsere Bischöfe? Warum sagen sie nichts mehr? Vorher haben sie so deutlich gesprochen, z.B. über Landreform. Wo bleiben sie jetzt?» Die Bischöfe antworten, dass die Rolle der Kirche in der demokratischen Gesellschaft eine andere sei als unter der Diktatur. Doch das ist nicht der einzige Grund, warum es zu dieser harten Konfrontation gekommen ist.

NW: Du bist ja Berater der Bischöfe. Welchen Rat gibst Du ihnen in dieser Situation?

Manfredo de Oliveira: Die Bischöfe gaben letztes Jahr ein Dokument über die Konsolidierung unserer Demokratie heraus, an dem ich mitgearbeitet habe. Da Demokratie hier von den Armen her entwickelt wird, haben einige Bischöfe opponiert. Sie glaubten, die Zeit für die Veröffentlichung solcher Dokumente sei vorbei.

NW: Was stand in diesem Papier?

Manfredo de Oliveira: Zunächst einmal wird Demokratie hier nicht nur als ein politisches System, sondern als ein Gestaltungsprinzip für das gesamte menschliche Leben entwickelt. Die Demokratie beruht grundsätzlich auf Gleichheit, Partizipation und Anerkennung der Vielfalt in allen Lebensbereichen. Darum konnten die Bischöfe sagen, die Armen seien die Richter über den Demokratisierungsprozess eines Landes: Je mehr Armut und Elend in einem Land herrschten, umso weniger habe sich die Demokratie in diesem Land durchgesetzt. Insofern seien die Lebensverhältnisse der überwiegenden Zahl unserer Bevölkerung ein klares Zeichen des Mangels an Demokratie in Brasilien.

NW: Worin siehst Du die eigentliche Ursache für die Konfrontation innerhalb der katholischen Kirche Brasiliens?

Manfredo de Oliveira: Die Konfrontation rührt vor allem daher, dass Rom nur noch *sehr konservative Bischöfe* ernennt. Der Primas, aber auch die Kardinäle von Salvador und von Rio kämpfen dagegen, dass die Kirche sich politisch äussert. Sie sagen, die Kirche habe Wichtigeres zu tun. Das macht die Dinge sehr kompliziert.

Vom Leiden und Bleiben in der Kirche

NW: Brasilien erlebt eine eigentliche Disziplinierung von Befreiungstheologen und Basisgemeinden durch die Amtskirche. Dom Hélder Câmara muss zusehen, wie die basiskirchlichen Strukturen, die er in Recife aufgebaut hat, unter seinem Nachfolger wieder zerstört werden. Kardinal Paulo Evaristo Arns wurde letztes Jahr faktisch entmachtet, seine Diözese auf ein Achtel verkürzt und von den Basisgemeinden getrennt. Bekannten Befreiungstheologen wird die Lehrbefugnis an den Theologischen Fakultäten entzogen. Dafür kann der Primas von Brasilien sagen: «Ich trage die Fahne des Heiligen Vaters.» Wie lange lässt sich das Volk Gottes in den Basisgemeinden diese Entwürdigung und Entmündigung noch bieten?

Manfredo de Oliveira: Das ist eine schwierige Frage. Zunächst einmal wissen die wenigsten von dieser Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Basisgemeinden bekam sie bislang zu spüren. Bei uns zum Beispiel gibt es noch keine Probleme. Recife dagegen ist eine Tragödie. Ein bekannter Befrei-

ungstheologe meinte einmal: «Wir bleiben. Was die Leute in Rom wollen, ist ja gerade, dass wir Krach schlagen und weggehen. So könnten sie von uns sagen, wir seien Häretiker. Es ist viel wichtiger, in der Kirche selbst für das Reich Gottes einzutreten als wegzugehen. Das ist die *Strategie* unseres Glaubens.» Kürzlich sagte Hans Küng zu einem brasilianischen Kollegen: «Ach, Du armer Kerl, Du unternimmst ja nichts gegen Rom.» Darauf antwortete dieser: «Ich unternehme nichts gegen Rom, weil es das genau wäre, was Rom am liebsten von mir wollte.» Wir machen weiter, obwohl dies für uns natürlich auch viel Leiden bedeutet.

Auf der andern Seite ist es gerade die *Basisbewegung*, die uns *Kraft* gibt. Wir haben alle drei Jahre eine nationale Versammlung aller Basisgemeinden. Sie ist immer ein ermutigendes Ereignis. Es werden nicht grosse Themen diskutiert. Aber wir feiern das Leben und seine Kämpfe. Das macht uns immer sehr viel Mut. Ähnliche Versammlungen haben wir in den Regionen und in den Städten. Diese Versammlungen sind Kraftquellen der Bewegung. Ich weiss natürlich nicht, wie das Volk mit der Zeit reagieren und wie lange das alles noch dauern wird.

Wir sind tatsächlich in eine *Krise* geraten. Diese ist auch, aber nicht allein auf die Ernennung konservativer Bischöfe zurückzuführen. Die Basisgemeinden sind während der Diktatur entstanden. Sie waren der einzige Ort in der Zivilgesellschaft, wo das Volk seinen Widerstand artikulieren konnte. Damals schienen die Überwindung der Diktatur und die ganze weitere Entwicklung in der Gesellschaft von diesen Basisgemeinden abhängig zu sein. Jetzt ist die Situation eine ganz andere. Die Zivilgesellschaft ist überaus lebendig. Es gibt Tausende von Bewegungen. Brasilien ist insofern eine einmalige «Experimentiergesellschaft» geworden. Die Soziologen beobachten mit höchstem Interesse, wie diese Zivilgesellschaft aus dem Nichts entstanden ist und weiter wächst. Damit sind die Kirchen und ihre Basisgemeinden nicht mehr allein. Jetzt führen die Mitglieder der Basisgemeinden ihren Kampf in den Parteien, Gewerkschaften und in der Volksbewegung weiter. Obwohl die Leute von den Basisgemeinden politisch noch wenig gebildet sind, müssen sie hier mit Andersdenkenden zusammenarbeiten. Das Leben in einer *Demokratie* stellt die Basisgemeinden vor ganz *neue Aufgaben*, die noch nicht klar definiert sind. Im Moment machen wir grosse Anstrengungen, der Basisbewegung neue Ziele zu setzen – und in der Kirche zu bleiben.

Eine Mystik der radikalen Gerechtigkeit

NW: *Ist es nicht in erster Linie eine revolutionäre Spiritualität, die ihren Nährboden weiterhin in den Basisgemeinden findet und von daher auf die Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen ausstrahlt? Es geht ja gewiss nicht mehr darum, die Fehler des politischen Katholizismus zu wiederholen und «christliche» Parteien oder Gewerkschaften zu gründen. Geht es nicht vielmehr darum, in den bestehenden linken Parteien und Gewerkschaften als Christ oder als Christin präsent zu sein?*

Manfredo de Oliveira: Im Moment ist das genau die Grundproblematik. Vorher hatte man wirklich gedacht, die Kirche sollte durch die Basisgemeinden die Gesellschaft führen. Betto nannte das eine «Pastoralideologie». Jetzt merken wir, dass wir die neue Gesellschaft zusammen mit andern und auch anders denkenden Menschen aufbauen müssen. Aber natürlich halten wir dabei an unserer christlichen Orientierung fest. Unser Beitrag besteht nicht in konkreten Projekten. Diese müssen wir zusammen mit andern erarbeiten. Nein, unser spezifisch christlicher Beitrag ist eine Mystik der radikalen Gerechtigkeit, der Geschwisterlichkeit, der Gleichheit, der absoluten Würde des Menschen, hauptsächlich des Armen.

NW: *Ohne Triumphalismus, als ob die christliche Seite besser wüsste als «die andern», was zu tun wäre.*

Manfredo de Oliveira: So ist es.

NW: *Manfredo de Oliveira, wir danken Dir für dieses Gespräch und wünschen Dir weiterhin die Kraft zum Durchhalten in einer politisch wie kirchlich schwierigen Zeit.*